

Reihenfolge der Länder in den Tabellen

Um der Bedeutung der europäischen Wirtschaftsorganisationen in der Weltwirtschaft Rechnung zu tragen, wurde in den »Zusammenfassende Übersichten« (S. 16* ff.) die übliche alphabetische Reihenfolge der Länder Europas durch eine Gruppierung nach ihrer Zugehörigkeit zu den bekanntesten europäischen Wirtschaftsorganisationen¹⁾ ersetzt.

Vollmitglieder dieser Organisationen:

OECD ²⁾	Europ. Gemeinschaften - EG (EGKS, EWG, EURATOM)	EFTA ⁴⁾	COMECON ⁵⁾
(in Kraft getreten 30. 9. 1961)	(in Kraft getreten 25. 7. 1952 bzw. 1. 1. 1958) ³⁾	(in Kraft getreten 3. 5. 1960)	(in Kraft getreten 25. 1. 1949)
Mitgl. d. Europ. Gemeinschaften Mitglieder der EFTA außerdem: Australien Finnland Griechenland Irland Japan Kanada Spanien Türkei Vereinigte Staaten	Belgien Bundesrep. Deutschland Frankreich Italien Luxemburg Niederlande	Dänemark Großbritannien u. Nordirland Island Norwegen Österreich Portugal Schweden Schweiz	Albanien Bulgarien Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost) Mongolei Polen Rumänien Sowjetunion Tschechoslowakei Ungarn

Gebietsstand und Länderbezeichnungen

Im allgemeinen beziehen sich die Angaben über die Länder in den »Internationalen Übersichten« auf die Gebietsseinheiten, die sich auf Grund der **gegenwärtigen tatsächlichen** (de facto) Grenzen ergeben. Abweichungen hiervon sind — wenn es sich nicht um unbedeutende Gebietsveränderungen handelt — in den Tabellen besonders vermerkt. Die Form der Darstellung schließt in keiner Weise eine Bestätigung oder Anerkennung des politischen Status eines Landes oder der Grenzen seines Gebietes ein.

Als Folge des Zweiten Weltkrieges sowie durch Erlangung der Unabhängigkeit sind bei Länderbezeichnung und Gebietsstand zahlreiche Veränderungen eingetreten. In nachstehender Übersicht werden vor allem die wichtigsten Gebietsveränderungen, die sich ab 1953 ergeben haben, in den Fußnoten der Tabellen jedoch nicht immer besonders vermerkt sind, zusammen mit den neuen Länderbezeichnungen aufgeführt.

Deutschland:

Falls Berlin (West) bzw. das Saarland in die Angaben für die **Bundesrepublik Deutschland** nicht einbezogen sind, ist dies besonders vermerkt.

Angaben für die **Deutsche Demokratische Republik** (abgekürzt: DDR) und Berlin (Ost) sind meist in einer Summe ausgewiesen (vgl. auch S. 539 ff.).

Ägypten: Mitglied der am 1. 1. 1972 in Kraft getretenen Union der Arabischen Republiken.

Äquatorialguinea: Unabhängig seit 12. 12. 1968; frühere spanische Afrika-Provinzen Rio Muni und Fernando Póo.

Algerien: Unabhängig seit 3. 7. 1962; früher französisch.

Bahrain: Völlige Unabhängigkeit seit 14. 8. 1971; früher Scheichtum unter britischer Schutzherrschaft.

Bangla Desh: Unabhängig seit 17. 12. 1971; früher als Ostpakistan Teil der Islamischen Republik Pakistan.

Barbados: Unabhängig seit 30. 11. 1966; früher britisch.

Bhutan: Völlige Unabhängigkeit seit der Aufnahme in die Vereinten Nationen am 12. 2. 1971; früher unter indischer Schutzherrschaft.

Botsuana: Unabhängig seit 30. 9. 1966; früher britisch (Betschuanaland).

Burundi: Unabhängig seit 1. 7. 1962; früher belgisch (Teilgebiet von Ruanda-Urundi).

Dahome: Unabhängig seit 1. 8. 1960; früher französisch.

Elfenbeinküste: Unabhängig seit 7. 8. 1960; früher französisch.

Fidschi: Unabhängig seit 10. 10. 1970 (Inselgruppe im Pazifischen Ozean); früher britisch.

Föderation Arabischer Emirate: Proklamation der Föderation am 2. 12. 1971 durch sechs Emirate am Persischen Golf: Abu Dhabi, Adschman, Dubai, Fudschaira, Schardscha und Kalba, Umm al-Kaiwain. Erweiterung am 12. 12. 1971 durch den Beitritt von Ras-al-Chaima. Früher Trucial Oman.

¹⁾ Vgl. Abkürzungen auf S. 6*. — ²⁾ Am 30. 9. 1961 wurde die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) bei gleichzeitiger Auflösung des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) gegründet. Der OECD gehören seit der Gründung die 18 OEEC-Staaten sowie Kanada und die Vereinigten Staaten an. Japan ist seit 28. 4. 1964, Finnland seit 28. 1. 1969, Australien seit 7. 6. 1971 Vollmitglied. — ³⁾ EGKS am 25. 7. 1952. EWG und EURATOM am 1. 1. 1958; bilden seit 1. 7. 1967 organisatorisch eine Einheit. — ⁴⁾ Island ist seit 1. 3. 1970 Vollmitglied. — ⁵⁾ Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Albanien, Mitglied seit Februar 1949, ist praktisch seit 1962 ausgeschlossen. Die Mongolei ist Mitglied seit Juni 1962. DDR und Berlin (Ost) Mitglied seit September 1950. Jugoslawien seit 1956 Beobachter, seit 1964 assoziiertes Mitglied. Als Beobachter nehmen teil: Volksrepublik China, Nord-Korea, Kuba, Nord-Vietnam.

Gabun: Unabhängig seit 17. 8. 1960; früher französisch.

Gambia: Unabhängig seit 18. 2. 1965; früher britisch.

Ghana: Unabhängig seit 6. 3. 1957; früher britisch.

Guyana: Unabhängig seit 26. 5. 1966; früher britisch (Britisch-Guayana).

Guinea: Unabhängig seit 2. 10. 1958; früher französisch.

Jamaika: Unabhängig seit 6. 8. 1962; früher britisch.

Jemen, Demokratische Volksrepublik: Umbenennung der ehemaligen Volksrepublik Südjemen (Aden) am 30. 11. 1970 durch Verfassungsänderung.

Kamerun: Unabhängig seit 1. 1. 1960 und ab 1. 10. 1961 Bundesrepublik Kamerun. Das Staatsgebiet umfaßt Ost-Kamerun, ehemals französisches Treuhandgebiet sowie West-Kamerun, südlicher Teil des ehemals britischen Treuhandgebietes.

Katar: Völlige Unabhängigkeit seit 1. 9. 1971; früher unter britischer Schutzherrschaft.

Kenia: Unabhängig seit 12. 12. 1963; früher britisch.

Khmer-Republik: Umwandlung des seit 9. 11. 1953 unabhängigen Königreiches Kambodscha in eine Republik der Khmer am 9. 10. 1971.

Kongo: Ab 31. 12. 1969 Volksrepublik; frühere Bezeichnung: Republik Kongo (Brazzaville).

Kuwait: Unabhängig seit 19. 6. 1961; früher britisch.

Lesotho: Unabhängig seit 4. 10. 1966; früher britisch (Basutoland).

Libyen: Mitglied der am 1. 1. 1972 in Kraft getretenen Union der Arabischen Republiken.

Madagaskar: Unabhängig seit 26. 6. 1960; früher französisch.

Malawi: Unabhängig seit 6. 7. 1964; unter der Bezeichnung Njassaland vom 1. 8. 1953 bis 31. 12. 1963 Teil der Föderation Rhodesien und Njassaland; früher britisch.